

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 157-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.868

Eingereicht am: 29.08.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP) (Sprecher/in)

von Känel (Lenk i.S., SVP)
Speiser-Niess (Zweissimmen, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.09.2014

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Offene Fragen zum Spital Zweissimmen

Das 38-jährige Gebäude, das gemäss der Studie Schertenleib in einem baulich guten Zustand ist und für rund 5 Mio. Franken auf den neusten Stand modernisiert werden kann, soll nun abgerissen werden. Erstaunlich, dass überhaupt Studien in Auftrag gegeben werden, wenn dann die Expertenmeinungen nicht beachtet werden, nur weil das Resultat nicht genehm ist. Die Geburtenabteilung soll in Zweissimmen geschlossen werden, den werdenden Müttern wird ein Weg von bis zu 70 km Wegstrecke zugemutet. Daher muss nun mal geklärt werden, ob die Geburtshilfe zur Grundversorgung gehört oder nicht.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Auf welcher Rechtsgrundlage, unter Berücksichtigung des Rosa-Haueter-Legats, stützt sich der Plan zum Abriss des Spitals?
2. Wie ist zu erklären, dass ein speziell für die Spitalnutzung geeignetes Gebäude im Alter von lediglich 38 Jahren abgerissen wird, statt dass zwischen Thun und Zweissimmen «Arbeitstei-

lung» betrieben wird, wie dies der GEF-Direktor am 23. März 2012 anlässlich einer Pressekonferenz erklärt hat? Wie passt ein solches Vorhaben in das finanzpolitische Umfeld?

3. Gehört die Geburtshilfe zur Grundversorgung? Wenn nicht, mit welcher Begründung?
4. Wie kann die einwandfreie Geburtshilfe in den bis zu 70 km entfernten Gemeinden noch sichergestellt werden, und wer trägt die den Patienten entstehenden zusätzlichen Kosten?

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung: Das Thema brennt der Bevölkerung unter den Nägeln, die Verunsicherung in den betroffenen Tälern ist gross, daher wird Dringlichkeit verlangt.